

NIEDERSCHRIFT**über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Schul- und Sportausschusses
der Stadt Lüdenscheid**

am 04.07.2017

Rathaus, im Ratssaal

Anwesend:**Vorsitz:**

Ratsherr Jens Voß SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Norbert Adam	CDU
Ratsherr Otto Bodenheimer	Bündnis 90/Die Grünen
Ratsherr Rolf Breucker	SPD
Ratsfrau Ingrid Fischer	CDU
Ratsfrau Karin Hertes	SPD
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP
Ratsherr Timothy Kahler	CDU
Frau Sandra Maß	Internationale Liste der SPD
Ratsherr Michael Meyer	CDU
Ratsfrau Sabine Rigas-Gülde	CDU
Ratsfrau Nicole Schulte	SPD
Ratsfrau Elisabeth Siebensohn	CDU
Ratsherr Michael Thielicke	SPD
Ratsherr Sebastian Wagemeyer	SPD
Herr Michael Pottgießer	DIE LINKE.
Herr Andreas Stach	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Helga Poimann	Fraktionslos

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Markus Geisbauer	Fraktionslos
Frau Bettina Göldner	Fraktionslos
Herr Thomas Lammers	Fraktionslos
Frau Christiane Langs-Blöink	Fraktionslos
Herr Peter-Paul Marienfeld	Fraktionslos
Frau Katharina Thimm	Fraktionslos
Herr Dieter Utsch	Fraktionslos

anwesend bis 19:00 Uhr

Verwaltung:

Herr Matthias Reuver
Herr Andreas Hostert
Frau Kerstin Kotziers
Herr Franz Schulte-Huermann
Herr Dierk Gelhausen

Schriftführung:

Frau Anke Keller

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsfrau Monika Oettinghaus	Alternative für Lüdenscheid	
Ratsfrau Ramona Ullrich	SPD	Vertreterin Ratsfrau Maß
Frau Julia Decker	Bündnis 90/ Die Grünen	Vertreter Ratsherr Bodenheimer
Frau Gesthimani Demirtzoglou	CDU	Vertreterin Ratsfrau Siebensohn
Frau Brunhilde Gromball	FDP	Vertreter Ratsherr Holzrichter
Herr Jamel Hellwig	SPD	Vertreterin Ratsfrau Hertes
Frau Anette Schwarz	FDP	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Frank Bisterfeld	Fraktionslos
-----------------------	--------------

Beratende Mitglieder Integrationsrat

Frau Nesrin Emektar	Ditib Lüdenscheid
---------------------	-------------------

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:06 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Keine Fragen.

2. Schulentwicklungsplanung Grundschulen; hier: Schulorganisatorische Maßnahmen zur Neuerrichtung einer Grund- schule in Lüdenscheid Vorlage: 126/2017

Ratsherr Voß ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Frau Kotziers.

Frau Kotziers bezieht sich zunächst auf die Sondersitzung des Schul- und Sportausschusses am 20.06.2017, in der die Verwaltung beauftragt wurde, die schulorganisatorischen Maßnahmen für die Errichtung einer neuen Grundschule vorzubereiten, und verweist auf die entsprechende Vorlage Nr. 076/2017.

Folgend erläutert Frau Kotziers die aus diesem Auftrag resultierende und nun vorliegende Vorlage Nr. 126/2017, in der detailliert das formelle Vorgehen sowie die rechtlichen Vorgaben zur Errichtung einer neuen Grundschule beschrieben werden.

Weiter informiert Frau Kotziers, dass mittlerweile auch die erforderliche Stellungnahme der Schulaufsicht des Märkischen Kreises zu diesen schulorganisatorischen Maßnahmen vorliege. Hieraus ergebe sich, dass die Schulaufsicht die Neuerrichtung einer Grundschule in Lüdenscheid aus den verschiedensten Gründen befürworte. (Anmerkung: Die Stellungnahme der Schulaufsicht wurde den Mitgliedern des Schul- und Sportausschusses in dieser Sitzung ausgehändigt und zuvor von Frau Kotziers vorgelesen).

Frau Kotziers berichtet weiter, dass die notwendige Stellungnahme der Schulkonferenz des Grundschulverbundes Bierbaum/Kalve vorliege. Auch hier wurde ein einstimmiges positives Votum zu den beabsichtigten Beschlüssen Nr. 1 und Nr. 2 der Vorlage 126/2017 abgegeben.

Die Nachbarkommunen seien ebenfalls über die beabsichtigten Planungen informiert worden. Wie erwartet gab es dazu jedoch keine Rückmeldungen, so Frau Kotziers.

Ratsherr Voß dankt für die Ausführungen und fragt, ob es dazu Nachfragen oder Anmerkungen gibt.

Ratsherr Adam teilt nun mit, dass die CDU-Fraktion unter Bezug auf die bereits in der Sondersitzung des Schul- und Sportausschusses am 20.06.2017 genannten Gründe den jetzigen Beschlussvorschlag Nr. 126/2017 ablehnen werde.

Nach weiterer Erörterung fasst der Schul- und Sportausschuss mit Stimmenmehrheit folgenden Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt/der Rat beschließt,

1. gemäß § 82 (1) SchulG NRW die Errichtung einer neuen Grundschule als offene Ganztagschule in Lüdenscheid zum 01.08.2018. Der Standort ist ab 01.08.2018 das Schulgebäude der ehemaligen Grundschule Kalve, Kalver Straße 65, 58511 Lüdenscheid. Zum 01.08.2019 wird die Schule zum Standort Wefelshohl, Gustavstraße 35, 58511 Lüdenscheid, verlagert.
2. gemäß § 82 (1) SchulG NRW die Auflösung des Grundschulverbundes Bierbaum/Kalve zum 31.07.2018. Der Schulbetrieb der Grundschule Bierbaum wird ab 01.08.2018 ausschließlich am Standort Kirchstraße 12, 58511 Lüdenscheid, fortgeführt.

Der Schul- und Sportausschuss/der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. das erforderliche Bestimmungsverfahren von Amts wegen gemäß § 27 Abs. 2 SchulG NRW sowie der Verordnung über das Verfahren zur Bestimmung der Schularart von Grundschulen und Hauptschulen (Bestimmungsverfahrensverordnung – BestVerfVO –) durchzuführen.
2. die erforderlichen Genehmigungen bei der Bezirksregierung Arnsberg einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	0

3. Förderprogramm "NRW.BANK.Gute Schule 2020" Vorlage: 125/2017

Herr Reuver erläutert, dass die Reaktivierung des Standortes Wefelshohl durch die Fördersumme aus dem Programm „NRW.BANK.Gute Schule 2020“ abgewickelt werden soll. Diese werde für die Stadt Lüdenscheid in Gänze 5.334.640 € betragen.

Da nach vorliegendem Erlass u. a. die anfallenden Zins- und Tilgungsleistungen vom Land NRW getragen werden, kollidiere diese Kreditaufnahme auch nicht mit der Maßnahme-Nr. 194 des Haushaltssicherungskonzeptes.

Herr Reuver informiert weiter, dass nicht verausgabte Mittel aus diesem Programm auch für andere Maßnahmen verwendet werden können. Es bestehe die Möglichkeit, zusätzliche Projekte nachzumelden.

Ratsherr Voß fragt nun an, ob zu diesem Tagesordnungspunkt Fragen oder Anmerkungen bestehen. Ratsherr Adam antwortet darauf, dass die CDU-Fraktion in Konsequenz auch dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen werde, weiter halte er es für fraglich, dass überhaupt Mittel übrig blieben, denn meistens seien in Lüdenscheid Baumaßnahmen teurer geworden als zunächst erwartet.

Sowohl Ratsherr Voß als auch Ratsherr Holzrichter widersprechen dem. Es könnten mehr als genügend Beispiele genannt werden, bei denen nicht verwendete Mittel als Deckungsvorschläge für andere dringend erforderliche (Bau-)Maßnahmen eingesetzt worden seien. Die Behauptung, alle Bauvorhaben in Lüdenscheid seien stets teurer geworden als ursprünglich erwartet, sei einfach nicht korrekt. Man habe in den letzten Jahren durchweg gute Erfahrungen mit den Baukostenkalkulationen der Stadt Lüdenscheid gemacht, schließt Ratsherr Holzrichter.

Ratsherr Wagemeyer lobt an dieser Stelle die grundsätzliche Sinnigkeit solcher Förderprogramme, wie z. B. jetzt das Programm „NRW.BANK.Gute Schule 2020“. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung, dass die Kommunen vom Land unterstützt werden, und er hoffe, dass auch die neue Landesregierung diese Förderungen so weiter führen werde.

Herr Reuver betont abschließend, dass bei allen kontrovers geführten Diskussionen nicht der Anlass vergessen werden dürfe, warum die Erschließung einer neuen Grundschule notwendig sei. Dies bedeute nämlich, dass „mehr“ Kinder in Lüdenscheid seien und damit für eine Verjüngung der Stadt sorgen. Das sei unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung ein positives Zeichen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, gibt Ratsherr Voß nun folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

1. Die im Rahmen des Förderprogramms „NRW.BANK.Gute Schule 2020“ zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von insgesamt 5.334.640 € für die Jahre 2017 bis 2020 werden für folgende Maßnahme verwendet:

„Reaktivierung des Schulgebäudes der ehemaligen Hauptschule Wefelshohl, Gustavstraße 35, 58511 Lüdenscheid, zur Unterbringung einer Grundschule.“

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Anträge frist- und formgerecht bei der NRW.BANK zu stellen. Vorbehaltlich der Darlehenszusage durch die NRW.BANK wird den ggfs. erforderlich werdenden außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen bis zur Höhe von 1.333.660 € im Haushalt 2017 für die benannte Maßnahme bereits jetzt zugestimmt. Die Deckung erfolgt bei Y 01100701-7851000 „Verwendung Gute Schule 2020“.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	12
Nein-Stimmen:	6
Enthaltungen:	0

4. Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Grundschulen der Stadt Lüdenscheid Vorlage: 127/2017

Frau Kotziers führt aus, dass die Verwaltung in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses am 20.06.2017 beauftragt worden sei, einen Entwurf der Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Grundschulen der Stadt Lüdenscheid vorzubereiten und dem Ausschuss vorzulegen. Die Verwaltung sei dem nachgekommen und habe den entsprechenden Entwurf dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügt.

Weiter erläutert Frau Kotziers die maßgeblichen Änderungen des Straßenverzeichnisses und der Überschneidungsgebiete, welche im Wesentlichen die Schuleinzugsbereiche der Grundschule Bierbaum, der Grundschule Parkstraße, der Pestalozzischule und der Westschule betreffen.

Weiter sei bereits für die neu zu errichtende Grundschule, welche im Straßenverzeichnis zunächst unter dem Namen Grundschule N. N. (noch nicht benannt, Standort: perspektivisch Wefelshohl) aufgeführt werde, ein eigenständiger Schuleinzugsbereich festgelegt worden. Dieser Bereich umfasse im Wesentlichen die Gebiete Baukloh, Wefelshohl und Kalve.

Frau Kotziers berichtet weiter, dass die nach dem Schulgesetz NRW erforderlichen Stellungnahmen der Schulkonferenzen vorliegen und dort keine Gegenreden erfolgt seien. Jedoch wurde die Bitte geäußert, auf Geschwisterkinder Rücksicht zu nehmen. Dies sei ohnehin so vorgesehen. Weiter habe die Verwaltung in der Zwischenzeit einen Hinweis von der Fraktion DIE LINKEN erreicht, und zwar solle bei den Schuleinzugsbereichen möglichst auf das Überqueren von verkehrsreichen Straßen verzichtet werden. Dies sei nicht immer gelungen und bedingt durch die Verkehrssituation auch in der Vergangenheit nicht immer möglich gewesen. Es wurde aber darauf geachtet, dass die Wege im Rahmen des Zumutbaren liegen. Weiter sei vor Start der neuen Schule geplant, gemeinsam mit der städtischen Verkehrsabteilung bzw. der Verkehrswacht Schulwegpläne zu erstellen und auch für die Schülerinnen und Schüler Informationen und Aktionen zu den Schulwegen bzw. zur Schulwegsicherung anzubieten.

Abschließend gibt Frau Kotziers noch einen redaktionellen Hinweis betreffend der Anlage 1: Entwurf der Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Grundschulen der Stadt Lüdenscheid, und zwar auf Seite 20 im Bereich der Überschneidungsgebiete:

Anstelle Nr. b)
Germanenstraße 053 - 999, 062 - 998 müsse es richtig lauten:
Germanenstraße 001 - 051, 002 - 060.

sowie

anstelle Nr. b)
Oenekinger Weg 019 - 999, 048 - 998 müsse es hier korrekt heißen:
Oenekinger Weg 001 - 017, 002 - 046a.

Ratsherr Voß dankt für die Erläuterung und fragt, ob es hierzu Anmerkungen oder Fragen gibt.

Ratsherr Holzrichter teilt mit, dass die FDP-Fraktion diese Beschlussvorlage ablehnen werde. Dies sei auch schon in der Vergangenheit der Fall gewesen, wenn es um die Bildung von Schuleinzugsbereichen gegangen sei. Die FDP-Fraktion sei der Auffassung, dass der Elternwille über den Planungen der Verwaltung zu stellen sei und daher eine freie Wahl der Grundschule möglich sein müsse.

Ratsherr Adam schließt sich den Äußerungen von Rats Herrn Holzrichter an. Es bestünde sowohl eine freie Wahl der KiTa als auch bei den weiterführenden Schulen, nur bei den Grundschulen solle dies nicht möglich sein. Das sei nicht nachvollziehbar, und deshalb werde auch die CDU-Fraktion diesen Beschlussvorschlag ablehnen.

Rats Herr Breucker befürwortet hingegen die Bildung von Schuleinzugsbereichen. Bei konsequenter Auflösung der Schuleinzugsbereiche müsse flexibel reagiert werden können. Die Auflösung würde unter Umständen räumliche Erweiterungen von Schulen, die häufig gewünscht werden, erforderlich machen, bedeute im Umkehrschluss aber auch einen Rückbau bis hin zur Schließung von anderen Grundschulen. Dieses könne finanziell nicht gewährleistet werden. Weiter werde den Grundschulleitungen durch die bestehenden Einzugsbereiche Planungssicherheit gegeben.

Herr Reuver führt aus, dass in den meisten Bundesländern Schuleinzugsbezirke im Grundschulbereich gebildet werden und dies aus guten Gründen gängige Praxis sei.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, gibt Rats Herr Voß nachfolgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Die Rechtsverordnung über die Bildung von Schuleinzugsbereichen für die Grundschulen der Stadt Lüdenscheid wird in der als Anlage 1 beigefügten Form erlassen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	7
Enthaltungen:	1

5. Berichtswesen; hier: Förderung der Schulfähigkeit Vorlage: 124/2017

Der Vorsitzende des Schul- und Sportausschusses ruft den Tagesordnungspunkt auf und übergibt das Wort an Frau Boroske und an Frau Göldner.

Frau Boroske bezieht sich auf den dieser Beschlussvorlage als Anlage beigefügten Bericht und vermittelt einen Überblick über das Programm „Stärkung der Basiskompetenzen - Förderung der Schulfähigkeit“, welches seit nunmehr acht Jahren von der VHS organisiert und an mittlerweile neun Lüdenscheider Grundschulen angeboten wird.

Ziel dieses Angebotes sei es, Schülerinnen und Schüler der ersten Klassen, welche noch deutliche Defizite im Bereich der sog. Basiskompetenzen aufweisen, zu fördern und zu unterstützen. Diese Basiskompetenzen seien elementar im Hinblick auf das schulische Lernen.

Es werden grundsätzlich die Bereiche personale/soziale Kompetenz, Motorik, Mengen/Zahlen sowie Sprache gefördert. Frau Boroske erläutert weiter, dass die Wirksamkeit der Förderung durch die Erstellung eines individuellen Schulfähigkeitsprofils zu Beginn und dann zum Ende des jeweiligen Schuljahres belegt werde. Diese Profile werden durch pädagogische Fachkräfte und unter Verwendung einer einheitlich entwickelten Testung durchgeführt.

Frau Boroske führt weiter aus, dass im Schuljahr 2016/17 rund 45 % der Erstklässler diese Förderungen benötigen. Seit Einführung des Programms wurden 475 Förderungen durchgeführt. Davon verliefen 331 Förderungen so, dass eine deutliche positive Entwicklung des Kindes feststellbar war.

Weiter weist Frau Boroske darauf hin, dass die stetig steigende Nachfrage von weiteren Grundschulen an einer Teilnahme an diesem Programm analog eine Reduzierung des gegebenen Förderstundenkontingents pro Grundschule zur Folge hat.

Nunmehr schildert Frau Göldner, als Sprecherin der Schulform Grundschule, die Situation in den Lüdenscheider Grundschulen. Es könne festgestellt werden, dass durch die Inklusion, den zunehmenden Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund und auch durch die Flüchtlingsbewegung immer mehr Kinder dieser Förderung bedürfen. Frau Göldner betont, dass in den Grundschulen Einigkeit darüber herrsche, dass die von der Stadt Lüdenscheid bereitgestellten Fördermittel zur Durchführung des Projekts sehr vielen Kindern weiterhelfe. Es sei den Grundschulleitungen ein Anliegen, dass diese Förderung weiterhin ermöglicht und bestenfalls noch aufgestockt werde.

Ratsherr Voß dankt herzlich für die Ausführungen und sagt weiter, dass über eine mögliche Aufstockung hier an dieser Stelle nicht entschieden werden könne, sondern erst bei den regulären Haushaltsplanberatungen. Ratsherr Voß stellt nun den zuvor vorgetragenen Bericht zur Diskussion und fragt, ob hierzu Anmerkungen vorliegen.

Ratsherr Adam stellt die enormen Anforderungen an die Kolleginnen und Kollegen in den Grundschulen heraus und führt weiter an, wie sinnvoll es sei, dass dieses Förderprogramm angeboten werde. Weiter fragt er nach, warum die Quote der durchgeführten erfolgreichen Förderungen doch um 30 % geringer sei als die tatsächlich durchgeführten.

Frau Göldner führt hierzu aus, dass bei diesen Zahlen auch Schulanfänger mit sonderpädagogischem Förderbedarf berücksichtigt seien, welche später zieldifferent weitergefördert werden. Dass hier eine Förderung nur kleinschrittiger greifen kann, sei unumstritten.

Herr Pottgießer merkt im Namen der Fraktion DIE LINKE an, dass dieses Programm unter keinen Umständen eingestellt oder gekürzt werden dürfe. Man müsse sich eher Gedanken darum machen, wie dieses Projekt noch zusätzlich gestärkt werden könne.

Ratsherr Breucker spricht zunächst ein Lob dafür aus, dass dieses Programm seitens der Stadtverwaltung überhaupt aufgelegt wurde. Man höre von allen Seiten, wie sinnvoll dies sei. Auch die Organisation durch die VHS sei in diesem Zusammenhang von Vorteil, da hier geschultes pädagogisches Personal eingesetzt werden könne.

Nach weiterer Aussprache bittet Ratsherr Voß darum, den vorliegenden Beschlussvorschlag zu erweitern, und zwar dahingehend, diesen detaillierten und kritischen Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Da hierzu keine Gegenrede besteht, gibt Ratsherr Voß den Beschlussvorschlag in der erweiterten Fassung zur Abstimmung:

Der Schul- und Sportausschuss nimmt den Bericht des Fachdienstes Volkshochschule „Stärkung der Basiskompetenzen - Förderung der Schulfähigkeit“ zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**6. Berichtswesen;
hier: Jahresbericht 2016 des Fachdienstes Volkshochschule
Vorlage: 122/2017**

Herr Hostert stellt folgend den Jahresbericht des Fachdienstes Volkshochschule für das Jahr 2016 vor und erläutert, dass dieser ein verpflichtendes Element des Qualitätsmanagements und auch von der Zertifizierungsbehörde vorgeschrieben sei.

Weiter schildert Herr Hostert die drei Programmschwerpunkte der Volkshochschule. Der größte Anteil ist dem Kursangebot „Integration und Deutsch als Zweitsprache“ mit 9.136 Stunden zuzuordnen. Dies sei die Hälfte der Unterrichtsstunden, die die VHS anbiete. Die zwei anderen Schwerpunkte liegen im Kursangebot „Grundbildung und Schulabschlüsse“ und im Bereich „Sprachen lernen“. Weiter informiert Herr Hostert, dass dieser Jahresbericht 2016 zudem ausführliche Informationen und Berichte u. a. zu den Themen Integrations- und Deutschkurse sowie Förderung der Schulfähigkeit enthalte.

Abschließend erläutert Herr Hostert, dass die VHS zur Erfüllung dieser Aufgaben im Jahre 2016 ein städtisches Zuschussbudget in Höhe von rd. 18.000 € benötigt habe. Heruntergerechnet seien dies 0,24 € pro Lüdenscheider Einwohner.

Da keine Fragen und Anmerkungen vorliegen, dankt Ratsherr Voß für die Berichterstattung. Der Jahresbericht zeige deutlich die große Leistungsbreite, die die VHS Lüdenscheid seit Jahren anbiete. Auch hier bittet Ratsherr Voß, den entsprechenden Beschlussvorschlag abzuändern und das Wort „zustimmend“ einzufügen. Hierzu gibt es keine Widerrede.

Der Schul- und Sportausschuss fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Schul- und Sportausschuss nimmt den Jahresbericht 2016 des Fachdienstes Volkshochschule zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**7. Berichtswesen;
hier: Zwischenbericht zur Zielerreichung im Haushalt
Vorlage: 123/2017**

Herr Hostert bezieht sich auf die entsprechende Vorlage und erläutert den als Anlage beigefügten Zwischenbericht zur Zielerreichung im Haushalt bezogen auf die zwei Produkte der VHS.

Die zu verwendenden Kennzahlen/Indikatoren seien seinerzeit durch den Ausschuss festgelegt worden. Eine Aktualisierung unter Berücksichtigung der nun aktuellen Begebenheiten sei bis dato nicht erfolgt. Herr Hostert sagte, er habe daher die Anmerkungen zur Zielerreichung differenzierter als regulär in den Zielen gefordert dargestellt. Dies sei insbesondere bei der Teilnehmerstruktur und den durchschnittlichen Belegungen einer Veranstaltung sinngemäß erschienen, um die Ist-Situation transparenter und den Tatsachen entsprechend widerspiegeln zu können.

Weiter spricht Herr Hostert das Ziel Nr. 4 des Produktes „040 020 010 - Weiterbildung - Unterrichtsveranstaltungen nach gesetzlichem Auftrag“ an. Danach soll der Prozentsatz der Absolventen des Hauptschulabschlusses dem des Vorjahres entsprechen. Im Jahre 2014 seien dies 84 % gewesen. Das Ziel konnte 2016 nicht erreicht werden. Herr Hostert erklärt, dass dies aber von Umständen abhänge, die nicht von der VHS zu vertreten seien. Trotz mannigfaltiger motivierender und fördernder Maßnahmen konnte der geforderte Prozentsatz nicht erreicht werden. Hier wäre eine grundsätzliche Umformulierung der Zieldefinition bzw. eine Anpassung des entsprechenden zu erreichenden Prozentsatzes sinnvoll, so Herr Hostert.

Ratsherr Breucker lobt an dieser Stelle diesen Zwischenbericht, welcher sehr strukturiert und klar aufgebaut sei. Manch anderer Fachdienst der Stadt könne sich daran ein Beispiel nehmen, sagt Ratsherr Breucker.

Herr Pottgießer stellt fest, dass durch das Produkt Auftragsmaßnahmen - 040 020 020 ein klares Plus im Haushalt erzielt worden sei, und fragt an, ob durch die Mehr-Einnahmen möglicherweise bestehende Kurse intensiviert oder weitere Kurse angeboten werden können. Herr Hostert antwortet darauf, dass die VHS im Bereich der Deutsch- und der Integrationskurse am Limit sei. Es hätten bereits externe Räume angemietet werden müssen, um alle geplanten Kurse anbieten zu können.

Ratsherr Holzrichter dankt zunächst Herrn Hostert für diesen transparenten Bericht und schließt sich dem ausgesprochenen Lob von Ratsherrn Breucker an. Ratsherr Holzrichter bezieht sich folgend auf den Aktualisierungsbedarf hinsichtlich der Zielformulierungen und Indikatoren. Diesen Bedarf solle man nicht einfach nur zur Kenntnis, sondern zum Anlass nehmen, die Ziele und Indikatoren entsprechend neu anzupassen.

Ratsherr Voß erläutert, dass die vorliegenden Ziele durch eine Arbeitsgruppe erarbeitet worden seien. Er schläge daher vor, die Überarbeitung ebenfalls durch die Arbeitsgruppe, bestehend aus den schulpolitischen Sprechern und Herrn Hostert, vorzunehmen. Die Überarbeitung könne dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen mit beschlossen werden. Ratsherr Voß fragt an, ob dies ein gangbarer Weg sei. Da keine Gegenrede besteht, schlägt Ratsherr Voß vor, dass die Arbeitsgruppe im Herbst dazu tagen möchte.

Ratsherr Voß informiert, dass der Bericht der Musikschule zur Zielerreichung im Haushalt in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses im September erfolge.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, befürwortet Ratsherr Voß den vorliegenden Beschlussvorschlag ebenfalls das Wort „zustimmend“ einzufügen. Da keine Widerrede besteht, wird folgender Beschlussvorschlag zur Abstimmung gegeben:

Der Schul- und Sportausschuss nimmt den Zwischenbericht des Fachdienstes Volkshochschule zustimmend zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

**8. Gemeinsamer Antrag der Fraktionen;
hier: Streichung der Maßnahmen-Nr. 78 im Haushaltssicherungskonzept
"Analyse der Sportvermietungen, Entgelterhebung für die außerschulische
Sportstättennutzung"**

Ratsherr Voß ruft nun den neuen Tagesordnungspunkt auf und erläutert, dass diese Maßnahme im Laufe der Jahre immer wieder thematisiert worden sei. Es habe viele Ratsmitglieder gegeben, die diese Maßnahme für falsch erachtet haben.

Ratsherr Voß verkündet daher mit Freude, dass jetzt alle im Rat vertretenen Fraktionen dafür seien, diese Maßnahme zu streichen. Ratsherr Voß verweist auch auf die detaillierte Begründung des Antrages und stellt den Antrag direkt zur Aussprache.

Herr Marienfeld meldet sich zu Wort und unterstreicht zunächst die Sinnigkeit des Antrages, allerdings halte er den angegebenen möglichen Deckungsvorschlag „Abgabe der Friedensschule an den Märkischen Kreis“ für illusorisch und möchte im nicht-öffentlichen Teil dieser Sitzung weitere Ausführungen zum Stand „Fusion der Friedensschule“ machen.

Herr Reuver antwortet darauf, dass bereits seitens der Verwaltung Einsparungen in Höhe von rd. 250.000 € errechnet worden sind. Dabei seien noch nicht mögliche fiktive Erträge wie z. B. aus der Vermietung oder Verpachtung des Gebäudes an den Märkischen Kreis eingespist.

Ratsherr Voß weist darauf hin, dass dieser vorliegende Antrag auch mit dem Stadtkämmerer abgestimmt sei und dieser den Antrag sicher nicht mitgetragen hätte, wenn keine Deckung in erforderlicher Höhe gegeben wäre.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt Ratsherr Voß den Antrag zur Abstimmung:

Beschluss: Der Schul- und Sportausschuss empfiehlt, der Rat beschließt:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bei der Aufstellung des Haushaltsplan-Entwurfs für das Jahr 2018 und der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes die Streichung der HSK-Maßnahme Nr. 78 „Analyse der Sportvermietungen, Entgelterhebung für die außerschulische Sportstättennutzung (durchschnittlich 4 €/Stunde) ...“ vorzusehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	18
Nein-Stimmen:	0
Enthaltungen:	0

9. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

9.1. Bekanntgaben

9.1.1. Bekanntgabe; hier: "Layout der Homepage und des Programmheftes der VHS"

Herr Hostert gibt bekannt, dass das neue Programmheft der VHS Ende August in einem neuen modernisierten Layout erscheinen werde. Das Layout sei dann angeglichen an das Corporate Design des Deutschen Volkshochschulverbandes.

Weiter habe durch Verhandlungen mit den Lüdenscheider Nachrichten eine qualitative Aufbesserung des Programmheftes erreicht werden können, und zwar wird dieses Programm nun mit geschnittenen Seiten, einem dickeren Deckblatt und einem aufgebesserten Papier herausgebracht. Hierdurch erhoffe man sich eine längere Verweildauer in den Haushalten.

Weiter gibt Herr Hostert bekannt, dass auch die Homepage der VHS zum 28.08.2017 ein neueres, moderneres und bedienerfreundlicheres Layout erhalten werde.

9.1.2. Bekanntgabe; hier: "Layout Veranstaltungsprogramm der Musikschule"

Herr Schulte-Huermann gibt nun bekannt, dass auch das Veranstaltungsprogramm der Musikschule in geänderter Form erscheine. Der bekannte große Veranstaltungskalender werde durch einen handlichen Flyer abgelöst. Das Programm wird nunmehr halbjährlich erscheinen. Der aktuelle Flyer gibt jetzt eine Programmübersicht für den Zeitraum August 2017 bis Januar 2018.

9.2. Beantwortung von Anfragen

Keine.

Ratsherr Voß gibt jedoch den Hinweis, dass die noch offenen Anfragen in der Sitzung des Schul- und Sportausschusses nach den Sommerferien beantwortet werden.

9.3. Anfragen

9.3.1. Anfrage "Hallenboden der Turnhalle Kalve"

Frau Poimann führt eingangs aus, dass die Turnhalle an der Kalver Schule seit dem 13.03.2017 wegen des schlechten Zustandes des Hallenbodens für alle Sportarten, die den Boden stark beanspruchen, gesperrt sei. Der Zustand des Hallenbodens sei der Verwaltung bereits seit über zwei Jahren bekannt gewesen. Der Turnverein Leifringhausen habe bislang keine Informationen darüber erhalten, wann und welche Sanierungsmaßnahmen erfolgen werden. Weiter seien die zukünftige Belegungstermine bzw. -möglichkeiten nicht bekannt. Frau Poimann bittet daher um Sachstandsmitteilung.

Ratsherr Voß antwortet darauf, dass aktuell eine Antwort über die Hallenbelegung gegeben werden könne und die restliche Beantwortung dieser Anfrage auf die Sitzung des Schul- und

Sportausschusses nach den Sommerferien verschoben werde. Er übergibt nun das Wort an Herrn Gelhausen.

Herr Gelhausen antwortet, dass die Problematik des schlechten Hallenbodens in der Turnhalle Kalve an alle beteiligten Stellen der Verwaltung weitergeben wurde. Weiter sei allen betreffenden Sportgruppen die räumlich nächste Sportstätte, und zwar die an der Theodor-Heuss-Realschule, angeboten worden. Zudem wurde allen Gruppen, die bislang ausgewichen sind, die verbindliche Zusage erteilt, bis zur Lösung dieses Problems, definitiv in der Turnhalle der Realschule trainieren zu können.

9.3.2. Anfrage "Neubau der Musikschule am Staberg, hier: Schaffung von Parkmöglichkeiten auf dem Grundstück des Geschwister-Scholl-Gymnasiums"

Ratsherr Adam erinnert daran, dass die betreffende Fläche neben der Aula des Geschwister-Scholl-Gymnasiums bereits vor Beginn des Neubaus der Musikschule ertüchtigt werden müsse, damit diese bei Baubeginn direkt als alternative Parkmöglichkeit genutzt werden könne. Derzeit sei dieser Bereich recht verwildert. Ratsherr Adam fragt daher an, ob hierzu eine Sachstandsmitteilung erfolgen könne.

Ratsherr Voß sagt eine zeitnahe Beantwortung dieser Anfrage im Schul- und Sportausschuss zu.

gez. Jens Voß

Vorsitzender

gez. Anke Keller

Schriftführerin